

MENSCHENHANDEL

Sensibilisierung vor Ort

Beamte des österreichischen Innenministeriums bilden in Südosteuropa Polizisten zu Trainern aus.

Der Balkan ist zur Drehscheibe des internationalen Menschenhandels in Europa geworden. Das ergab eine Untersuchung des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) und dem UN-Kommissariat für Menschenrechte. Mehr als 120.000 Frauen und Kinder werden nach Schätzungen des Kinderhilfswerks jährlich in die EU-Staaten verschleppt. Sie werden als billige Arbeitskräfte ausgebeutet oder zur Prostitution gezwungen. Ihr "Kaufpreis" beträgt in Rumänien zwischen 50 und 200 Euro. Im Kosovo werden 700 bis 2.500 Euro für eine Frau gezahlt. Die Gewinne von Schleppern und Bordellbesitzern sind enorm.

Kinder und Jugendliche werden von den Kriminellen zum Stehlen oder Betteln genötigt. Häufig sind es Nachbarn oder Schlepper aus dem eigenen Ort, die Eltern in Moldawien, der Ukraine und anderen früheren Sowjetrepubliken mit Geld oder falschen Jobangeboten überzeugen. Ältere Mädchen werden selbst angesprochen oder per Zeitungsanzeigen geködert. Es wird ihnen Arbeit in Westeuropa oder auf dem Balkan versprochen – zum Beispiel als Babysitter, Kellnerin oder Pflegerin.

Österreichischen Exekutivbeamten gelang es durch rigorose Kontrollen, internationale Kontakte und Ermittlungen im Jahr 2003, um 100 Menschenhändler mehr auszuforschen als im Jahr davor. In Wien konnte die Polizei 169 Menschenhändler festnehmen, doppelt so viele wie 2002. Die Schwerpunktkontrollen sollen fortgesetzt werden.

"Die meisten jungen Frauen kommen aus Rumänien, der Ukraine und Bulgarien", sagt Mag. Erich Zwettler vom Bundeskriminalamt. "Sie arbeiten illegal, in zwielichtigen Bars, auf dem Straßenstrich und in Geheimwohnungen." Da die Zuhälter den Mädchen die Pässe abnehmen, wagen sie es kaum, etwas gegen die Männer zu unternehmen. Diesen Frauen wird zunehmend ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht von zumindest sechs Monaten bewilligt, wenn sie als Zeuginnen aussagen. Bisher sind sie sofort abgeschoben worden, wodurch sie weder polizeilich befragt werden konnten noch für einen Prozess zur Verfügung standen. Rund 30 Frauen haben im Vorjahr dieses vorübergehende Aufenthaltsrecht erhalten.

Awareness-Training für Polizeimultiplikatoren. Menschenhandel ist in den südosteuropäischen Ländern ein großes Problem. Damit die Polizei in diesen Staaten den Kampf gegen den Menschenhandel mit dem nötigen Nachdruck aufnimmt, muss ihr das Problem in seiner gesamten Tragweite deutlich werden. Neben den gesellschaftlichen, rechtlichen und kriminalistischen Komponenten müssen die Polizisten die menschliche Dimension des Menschenhandels erkennen und das Problem nicht nur aus der Täterperspektive sehen, sondern auch aus Sicht der

Opfer

Darauf baut das Projekt "Awareness-Training für Polizeimultiplikatoren" auf, das von der Sicherheitsakademie des Innenministeriums gemeinsam mit der Arbeitsgruppe

Menschenhandel des Stabilitätspakts für Südosteuropa veranstaltet wird. Ziel ist die Ausbildung von Trainern in Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Moldawien, Rumänien und Serbien. Außerdem soll ein Netz zwischen den Trainern aufgebaut werden; ebenso ein Modell für die Zusammenarbeit von Polizeibehörden und regierungsunabhängigen Organisationen (NGO).

Dr. Helga Konrad wurde im Mai 2004 vom Ständigen Rat der OSZE zur neuen Sonderbeauftragten gegen den Menschenhandel nominiert. Die ehemalige Frauenministerin leitete vorher im Stabilitätspakt für Südosteuropa die Task Force gegen den Menschenhandel. Im Juli 2003 wurde vom Ständigen Rat der OSZE ein Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels verabschiedet, der hauptsächlich eine Koordination der Maßnahmen in den Bereichen Vorbeugung gegen den Menschenhandel, Strafverfolgung und Opferschutz vorsieht. In Österreich gibt es ein flächendeckendes Netz an Interventionsstellen gegen Gewalt. Dazu gehört auch der Wiener Verein "LEFÖ – Interventionsstelle für Betroffene des Frauenhandels". Die Einrichtung wird vom Innenministerium finanziell gefördert.

UNICEF Deutschland unterstützt unter anderem Projekte in Moldawien, einem der ärmsten Länder Europas, aus der besonders viele Opfer des Menschenhandels stammen. In Zusammenarbeit mit der moldawischen Regierung werden Schutzzentren und Unterstützungssysteme für die Opfer von Kinderhandel etabliert. Lehrer und Erzieher erhalten eine Zusatzausbildung, damit sie Kinder vor den Tricks der Händler warnen können. Für Kinder, die als Opfer sexuellen Missbrauchs aus dem Ausland zurückkehren, gibt es medizinische, psychologische und soziale Hilfe.

Siegbert Lattacher